



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Thomas Weiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER
Dr. Volker Wissing
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

7. Oktober 2019

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 4. September 2019

TOP 4 Sand- und Kiesvorräte aus Rheinland-Pfalz werden knapp
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 17/5189

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 4. September 2019 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Der Verbrauch der Rohstoffe Sand und Kies ist ein Indikator für die Entwicklung der Bautätigkeit, denn der überwiegende Teil der abgebauten Kies- und Sandmengen wird im Bausektor eingesetzt. Gemäß einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Jahr 2017 benötigt die Baustoffindustrie jährlich über 140 Millionen Tonnen hochwertige Sande und Kiese bzw. entsprechende Recyclingbaustoffe als Basis für die Herstellung von Transport- und Porenbeton, Estrich, Mörtel, und Betonwaren. In der Bauindustrie finden deutschlandweit jährlich rund 90 Millionen Tonnen Sand und Kies als Straßenbaumaterial, als Auffüllmaterial, zum Beispiel zur Verfüllung von Rohrleitungen, als Drainagekies und selbst als Dachkies Verwendung. Zusätzlich zu den schon genannten Mengen werden jährlich weitere 10 Millionen Tonnen Sand in der Beton- und Ziegelindustrie, der keramischen Industrie und Glasindustrie sowie im Garten- und Landschaftsbau benötigt.

Daher stellt sich durchaus die Frage, ob die hohe Nachfrage nach Sand und Kies der Baubranche langfristig gestillt werden kann oder ob die Rohstoffe irgendwann knapp werden. In Deutschland gibt es zwar grundsätzlich noch große Sand- und Kiesvorkommen, doch vielerorts ist der Zugang zu den Lagerstätten buchstäblich



verbaut. Vor allem in dicht besiedelten Ballungsräumen ist die Flächenversiegelung weit fortgeschritten. Im ländlichen Raum ist der Flächendruck durch andere Nutzungen wie Wassergewinnung, Land- und Forstwirtschaft sowie den Natur- und Landschaftsschutz erhöht. Dieser Entwicklung müssen wir durch nachhaltiges Wirtschaften entgegentreten.

Die Landesregierung hat dies früh erkannt und entsprechend gehandelt. Als Beispiel hierfür ist das breit aufgestellte Bündnis „Kreislaufwirtschaft auf dem Bau“ zu nennen. In diesem Bündnis haben die obersten Abfall-, Straßenbau- und Baubehörden, Städtetag, Landkreistag, Gemeinde- und Städtebund, Architekten- und Ingenieurkammern, Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz e.V., Industrieverband Steine und Erden sowie der Baustoffüberwachungsverein ihre Kräfte gebündelt. Ziel dieses Bündnisses ist es, den mit Abstand größten Einzelabfallstrom, die mineralischen Bauabfälle – soweit sie nicht vermeidbar sind –, einer möglichst hochwertigen stofflichen Verwertung zuzuführen.

Mit dem Landeskreislaufwirtschaftsgesetz gibt der Gesetzgeber der öffentlichen Hand seit dem Jahr 2013 sogar die Verpflichtung auf, bei der Beschaffung von Arbeitsmaterialien und Gebrauchsgütern sowie bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge u. a. Recyclingbaustoffen den Vorzug vor Primärbaustoffen zu geben, sofern die Produkte für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignet sind und dadurch keine unzumutbaren Mehrkosten entstehen. Mit diesem Gesetz hat Rheinland-Pfalz bundesweit ein viel beachtetes Zeichen gesetzt.

Bei der Umsetzung des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes sieht die Landesregierung jedoch noch Optimierungsbedarf. Deshalb wird auf unterschiedlichen Ebenen durch Aufklärungsarbeit der Einsatz von Recyclingbaustoffen gefördert. Seit mehreren Jahren werden jährlich ein Dutzend regionale Fachgespräche angeboten, die sich mit unterschiedlichsten Themen an Vertreter der Verwaltungen, der Ingenieur- und Architektenbüros, an die Bau- und Baustoffwirtschaft richten. Die Rückmeldungen aus diesen Gesprächen zeigen, dass das Potential des Recyclings in den Köpfen der Akteure im Land ankommt. Auch haben wir mit dem Leitfaden für die Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes bei den Landkreisen den Fokus verstärkt auf das Thema mineralische Bauabfälle und deren hochwertige Verwertung gelenkt.



Ergänzend wird bei der anstehenden Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans Rheinland-Pfalz das Vermeiden und Verwerten von mineralischen Bauabfällen ein Schwerpunktthema sein.

Aufbauend auf einem gemeinsamen Forschungsprojekt der TU Kaiserslautern, der BASF, der Scherer + Kohl, dem Ifeu-Institut, dem Verein Deutscher Zementwerke, der RWTH Aachen und der HeidelbergCement AG wird in den kommenden ein bis zwei Jahren auch mit der Fortschreibung der Richtlinie des deutschen Ausschusses für Stahlbeton gerechnet. Diese Fortschreibung soll es ermöglichen, dass neben den aus Altbetonen gewonnen Gesteinskörnungen auch die anfallenden Brechsande für die Herstellung von Recycling-Beton verwendet werden können. Erfolgt die entsprechende Fortschreibung, können zukünftig natürliche Kies- und Sandvorkommen noch mehr geschont werden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, durch Nassklassierung von sandigen Böden und Bauabfallgemischen hochwertige Sande zu gewinnen. Vor dem Hintergrund, dass entsprechende Böden und Bauabfallgemische in bestimmten Regionen in erheblichem Umfang zur Entsorgung anstehen, rechnen wir damit, dass diese Methode bei steigenden Natursandpreisen wirtschaftlich interessant werden und zukünftig ein Baustein in der Materialversorgung sein kann.

Dennoch kann der Gesamtbedarf an Rohstoffen heute und bis auf Weiteres noch nicht vollständig mit Recyclingbaustoffen gedeckt werden. Es bedarf klarer Standpunkte und Ziele, die zu einer Wertschätzung heimischer Rohstoffe führen, denn die Akzeptanz des Rohstoffabbaus hat sich verändert. In den letzten Jahren wurden etliche neue Bürgerinitiativen gegründet, die sich gegen die Auswirkungen, bzw. Begleitumstände, des Rohstoffabbaus wenden. Die Forderung von Bürgerinnen und Bürgern nach transparenten Entscheidungsprozessen in der Planerstellung nimmt zu Recht zu.

Das Landesentwicklungsprogramm (LEP) ist ein wesentliches Steuerungsinstrument der Landesregierung. Im aktuellen LEP IV wird die hohe Bedeutung der Rohstoffgewinnung betont. Konkret wurde mit dem Ziel 130 die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung wichtiger Wirtschaftsstandorte verankert. Eine sichere und wettbewerbsfähige Versorgung mit regional gewonnenen Rohstoffen ist eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Entwicklung unseres Bundeslandes.



Gleichwohl haben der Rohstoffabbau und -transport erhebliche Auswirkungen auf andere Raumnutzungsansprüche. Zudem zeigte sich mit dem Rohstoffdialog der letzten Jahre, dass selbst in dünn besiedelten Gebieten, die Zustimmung der Bevölkerung für geplante Abbauvorhaben geringer wird.

Die Kausalkette, die die Zielkonflikte und zugleich die Wichtigkeit der regionalen Rohstoffversorgung unterstreicht, ist komplex, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Wir wollen sozialverträglichen Wohnungsbau, verteuern aber unsere Rohstoffressourcen durch lange Transportwege.
- Wir wollen weniger Verkehr auf den Straßen, haben aber immer längere Transportwege.
- Wir wollen etwas gegen die Luftverschmutzung tun, nehmen aber hohen Dieserverbrauch und entsprechende Schadstoffemissionen durch längere Transportwege in Kauf.
- LKW Verkehr mit hoher Transportlast führt zum schnelleren Verschleiß der Verkehrswege und Brücken. In der Folge führen die aufwändigen Instandsetzungen zu weiterem Rohstoffverbrauch.
- Wir wollen die Energiewende, diese verbraucht mit dem Bau von beispielweise Windenergieanlagen große Mengen an Beton in den Fundamenten und Gesteinsmaterial für den Wegebau.
- Wir können alternative Baumaterialien im Hochbau verwenden, aber um Beton kommen wir mittelfristig nicht vorbei.

Solche Zielkonflikte lassen sich nur im Dialog lösen. Die Landesregierung hat sich deswegen zur Fortsetzung des Rohstoffdialoges bekannt, in dem auf konsensuellem Weg das im LEP verankerte Ziel der Rohstoffsicherung verfolgt wird. Der Rohstoffdialog, auf den sich die Landesregierung verständigt hat, ist daher ein wichtiges Instrument um mit allen Akteuren und Betroffenen in Diskussion treten zu können und den regionalen Rohstoffabbau und die Rohstoffsicherung langfristig, nachhaltig und konsensfähig zu gestalten. So lassen sich Rohstoffsicherungskonzepte in der Landes- und Regionalplanung sicher verankern.



Anstrengungen im Bereich des Recyclings von Baustoffen sind richtig und wichtig. Es kann nicht richtig sein, dass einmalig verwendete, hochwertige Rohstoffe, einfach verkippt werden. Die Daten zeigen, dass schon heute durch Recycling mineralische Primärrohstoffe geschont werden. Dennoch kann selbst bei nahezu vollständiger Verwertung nur ein vergleichsweise kleiner Teil des Bedarfs an mineralischen Baurohstoffen durch Recycling mineralischer Abfälle gedeckt werden. Der Rohstoffverbrauch ist und bleibt signifikant höher als die Menge an recyclingfähigem Bauschutt. Die Gewinnung und Verarbeitung von natürlichen mineralischen Rohstoffen wird daher auch weiterhin in großem Umfang erforderlich sein, um die Versorgung der Bauwirtschaft und zahlreicher anderer Industriezweige mit qualitativ hochwertigen Rohstoffen sicherzustellen.

Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz noch keine Probleme bei der Rohstoffversorgung. Wir müssen aber auch in Zukunft durch klare und eindeutige Rohstoffsicherungsziele im LEP und durch die konsequente Ausweisung von Rohstoffgebieten bei zugleich rechtssicherer Abwägung anderer Ziele in der Landesplanung dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft heimische Massenrohstoffe in Rheinland-Pfalz regional zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing